

V0296/24

Konsolidierungspaket 2025 - 2027

-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 22.04.2024-

Antrag:

aufgrund des Konsolidierungsgesprächs vom 15.04.2024 erhalten Sie von der AfD-Stadtratsfraktion folgende Einsparvorschläge:

- Entschädigung der Ausschusssprecher ersatzlos streichen
- Kürzung der jährlichen Fraktionszuwendungen um 10%
- Aussetzung der nächsten Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Stadträte und keine Erhöhung der Sitzungsgelder in dieser Legislaturperiode
- Kürzung aller freiwilligen Leistungen um mindestens 10 %
- Seniorenweihnachten & Seniorenfasching sollen nur noch alle 2 Jahre stattfinden
- Ehrenamtsabend soll nur noch alle 2 Jahre stattfinden
- Reduzierung der Bürgerhaushalte BZA um 50 % für 2025 und 2026
- Reduzierung der Ausgaben für die Fronte 79 um mindestens 30 %
- Auflistung des Dienstwagenpools der Stadt Ingolstadt und deren Tochtergesellschaften der Anzahl nach, sowie deren finanziellen Kosten und anschließend eine deutliche Reduzierung des städtischen Dienstwagenpools

Reduzierung der Beiräte/Unterausschüsse und deren Mitglieder:

- Reduzierung Beirat für Gleichstellungsfragen
- Reduzierung Fahrradbeirat und keine Vollzeitstelle für die Fahrradbeauftragte - Reduzierung Gestaltungs- und Planungsbeirat
- Reduzierung Inklusionsrat
- Reduzierung Jugendparlament
- Reduzierung Migrationsrat
- Auflösung des Klimabeirats
- Auflösung des Kulturbeirats
- Auflösung des Unterausschusses Jugendhilfe
- Auflösung des Sport-Freizeit-Familienbad Beirat
- Auflösung des UTW Planungs-, Bau- und Besitzgesellschaft für umwelttechnische Werke Ingolstadt mbH, Beirat
- Überprüfung der Notwendigkeit sämtlicher „Kümmerer“, „Beauftragter“ & „Berater“

Einsparungen beim Personal:

- Pauschale Reduktion aller Stellen um 10 %, Auftrag und Umsetzung durch die zuständigen Referenten mit zusätzlicher Darstellung der finanziellen Einsparpotentiale
- Starke Reduzierung des Sicherheitsdienstes im neuen Rathaus
- Vorrübergehende Nichtbesetzung bei 2 Stellen im Georgischen Kammerorchester
- Streichung aller überflüssiger Stabsstellen insbesondere die 4 Stabsstellen bei der Verwaltungsleitung des Oberbürgermeisters

- Verzicht auf den Neuabschluss eines Vertrages für den kommunalen
- Ordnungsdienst ab März 2025
- die vorübergehende komplette Reduktion der Ausgaben für den sogenannten Klimaschutz. Kosten bei der Stabsstelle Klima, Biodiversität & Donau. z.B. Kosten der Werbeaktion „2035“ und weiteres. Keine Neuauflagen von Förderprogrammen wie z.B. Mini-Solaranlagen, Lastenradförderung etc.

Stadtrat	14.05.2024	Entscheidung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 04.06.2024

*Die Vorlage der Verwaltung **V0319/24** und **V0319/24/1** sowie der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion **V0296/24**, der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion **V0293/24** und der Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion **V0358/24** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass die mit Mehrheit gefassten Änderungen (blau markiert), die in der vergangenen Sitzung vorberatend abgestimmt worden seien, durch die Verwaltung in die Tabelle eingefügt wurden. Was noch nicht abschließend vorberatend votiert wurde, sei das Thema Kitagebühren. Hierzu habe heute bereits im Voraus der Stadtratssitzung eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses stattgefunden. Es gebe drei Varianten, die nun zur Abstimmung stehen. Die Diskussion darüber könne entweder jetzt oder später unter Tagesordnungspunkt 3 geführt werden, merkt Oberbürgermeister Dr. Scharpf an, da hier die eigentliche Satzungsänderung mit daran hänge. Er schlägt vor, zunächst das Konsolidierungspaket im Gesamten zur Abstimmung zu stellen, um zu sehen, ob es noch Diskussions- oder Änderungsbedarf gebe.

Stadtrat Höbusch teilt mit, dass es seitens der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen zum Konsolidierungspaket keinen Diskussionsbedarf mehr gebe. Lediglich das Thema Kitagebühren sei noch zu besprechen, welches allerdings unter dem Tagesordnungspunkt 3 besprochen werden könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt daraufhin vor, dass Thema Kitagebühren unter Tagesordnungspunkt 3 abschließend zu behandeln. Ein weiterer Punkt, welcher im gestrigen Ältestenrat besprochen wurde, sei das Thema Sicherheitsdienste in den Rathäusern. Diesen Punkt würde man gerne aus dem Konsolidierungspaket herausnehmen, um ihn nochmal fundiert, unter Einbeziehung der Expertise der Polizei, zu betrachten. Hierzu würde man den Stadtrat im Herbst befassen.

*Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0319/24/1**:*

Gegen die Stimmen der AfD-Fraktion:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.